

Pressemitteilung

Ex-Bundesagentur-Vorstand
Heinrich Alt fordert mehr Gerechtigkeit
beim Unterhaltsvorschuss

Experten raten Kommunen zur
Zusammenarbeit mit
Inkassounternehmen

**Berlin, 10. Mai 2017 – Auf dem Fachkongress
»Digitaler Staat« moderierte Kirsten Pedd,
Präsidentin des Bundesverbands Deutscher Inkasso-
Unternehmen (BDIU), am Dienstag in Berlin eine
Diskussionsrunde zum Thema »Zukunftsfähiges Zins-
und Schuldenmanagement«. Dabei sprachen sich
mehrere Experten dafür aus, dass Kommunen bei der
Bewältigung ihrer finanziellen Herausforderungen
auch auf die Unterstützung externer
Verwaltungshelfer setzen sollten.**

Pressekontakt:

Bundesverband Deutscher
Inkasso-Unternehmen e.V.
Friedrichstraße 50–55
10117 Berlin

Ihr Ansprechpartner: Marco Weber
Telefon: 030/2 06 07 36-40
Telefax: 030/2 06 07 36-33
E-Mail: weber@inkasso.de

www.twitter.com/BDIU_inkasso_de

Heinrich Alt, ehemaliger Vorstand der Bundesagentur für Arbeit, kritisierte, dass der Staat zu wenig tue, um Unterhaltsvorschussleistungen zurückzuholen. Aktuell würden die Jugendämter nur 23 Prozent ihrer Forderungen realisieren. Das sei ungerecht, so Alt: »Der ehrliche Vater ist der Dumme, denn er zahlt für die eigenen und mit seinen Steuern auch für fremde Kinder.« Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den Ämtern nahm Alt dabei von seiner Kritik ausdrücklich aus. »Sozialarbeit und Forderungsmanagement vertragen sich nicht gut miteinander«, so der ehemalige Bundesagentur-Vorstand. Behörden sollten vielmehr prüfen, ob und an welcher Stelle sie Verwaltungshelfer einsetzen könnten, um ihr Forderungsmanagement effizienter zu gestalten.



Alt verwies auf Norwegen als gutes Beispiel. Hier betrage die Rückholquote 90 Prozent. Würden die deutschen Ämter ähnlich hohe Rückzahlungen erzielen, brächte das Mehreinnahmen von über einer halben Milliarde Euro.

Beate Behnke-Hahne von der Finanzbuchhaltung der Stadt Essen stellte vor, wie die Ruhrgebietsmetropole ihre Forderungen managt. Die Verwaltung dort hat in den vergangenen Jahren durch einen Mix aus internen und externen Maßnahmen bessere Mittelrückflüsse erzielen können. Aktuell läuft ein Pilotprojekt, bei dem die Stadt Essen Inkassounternehmen mit dem Einzug von niedergeschlagenen Forderungen beauftragt. Die bisher vorliegenden Ergebnisse seien sehr positiv, so Behnke-Hahne.

Berlins Finanzsenator Dr. Matthias Kollatz-Ahnen stellte in der Diskussion das Schuldenmanagement des Landes Berlin vor. Schon seit 2012 habe die Hauptstadt einen ausgeglichenen Haushalt und halte die Schuldenbremse ein. Kollatz-Ahnen räumte ein, dass die Berliner Behörden beim Forderungsmanagement besser werden könnten. Sein Ziel ist es, dass diese Aufgabe bei den Bezirken gebündelt wird, um die Effizienz zu steigern. Bezirke dürften dabei auch mit Inkassounternehmen zusammenarbeiten.

BDIU-Präsidentin Kirsten Pedd begrüßte diese Aussage. »Outsourcing dient der Entlastung der Verwaltung«, fasste sie zusammen, «vor allem im Bereich des Forderungsmanagements. Kommunen brauchen Verwaltungshilfe, um ihre Kernaufgaben besser zu bewältigen. Beim Unterhaltsvorschuss steht den Ämtern in den kommenden Jahren eine Verdoppelung der Kosten ins Haus. Hier können Inkassounternehmen als Verwaltungshelfer eine spürbare Entlastung bringen, von denen letztlich alle Steuerzahler nachhaltig profitieren würden.«

Über den BDIU

Dem Bundesverband Deutscher Inkasso-Unternehmen gehören 560 Unternehmen des Forderungsmanagements an. Gemeinsam führen sie der Wirtschaft pro Jahr rund 5 Milliarden Euro an aus-



stehenden Forderungen wieder zurück. Die über eine halbe Million Auftraggeber der Inkassounternehmen kommen aus allen Wirtschaftsbereichen und beschäftigen mehr als 6 Millionen Menschen in Deutschland.